

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 44 (1950)
Heft: 1

Artikel: Weltrundschau : Säuberung als Kriegszeichen? ; Diktatur und Wirtschaft ; Unruhvolles Amerika ; Westeuropa ausser Gleichgewicht ; Der unvermeidliche Frieden ; Asien und die Mächte ; Neben-, nicht gegeneinander!

Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-139355>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

den katholischen Kirchenführern darüber einig, daß es sich in diesen Oststaaten nur um Kulturkampf und Kirchenverfolgung handle, nicht aber um ein Gericht Gottes über die Kirchen, und die sich daher von der passiven Haltung derer, die sich nicht gegen die Revolution wenden, distanzieren. Mit Recht sagt das «Kirchenblatt für die reformierte Schweiz»: «Den modernen Menschen und damit auch vielen heutigen Christen bleibt solche Haltung, obwohl sie vom Evangelium gefordert wird, völlig unbegreiflich. Denn der moderne Mensch will sich nicht richten lassen, sondern er will selber richten. Er will selber urteilen, wo Recht und Unrecht ist und dann für die eine oder andere Seite Partei nehmen. Es ist ihm ein ganz unvollziehbarer Gedanke, daß Menschen Gott als ihren Richter anerkennen, statt eine um ihr Prestige kämpfende, sich an Gottes Stelle setzende Kirche, und daß sie nicht nur in ihren persönlichen Erlebnissen, sondern auch in den großen politischen Umwälzungen Gottes Gericht annehmen müßten. Darum schiebt man Männern wie Bischof Bereczky und Professor Hromadka als Grund ihrer Stellungnahme politische Motive unter, Sympathie mit den Kommunisten, und bezichtigt sie des Verrats an der großen Aufgabe, die Kultur des Abendlandes gegen den Ansturm von Osten zu verteidigen. Weil sie das annehmen, was über sie gekommen ist, beschuldigt man sie, daß sie das kommunistische Regime unterstützen. Haben denn die Propheten Israels, als sie das durch Assur kommende Gericht verkündigten, damit die assyrische Politik unterstützt und die Brutalität jener Großkönige gebilligt? Sie wußten wohl, daß auch Assur dem Gericht nicht entgehe, aber zunächst hatten sie und ihr Volk sich mit dem Gerichte zu befassen, das ihnen drohte. Auch ein Jeremia hat sich gefallen lassen müssen, als Kollaborationist verdächtigt und mißhandelt zu werden, weil er rücksichtslos von allem Widerstand gegen Gottes Gericht abmahnte. Es ist bedauerlich, daß bei uns nicht mehr Verständnis für den unpopulären Weg vorhanden ist, den jene Christen im Osten gehen.»

Auch gegen unseren Artikel «Passion Christi – Passion der Welt» hat ein Leser aus Deutschland ablehnend reagiert, weil dort gerade die Verfolgung und das Gericht, das die östlichen Christen getroffen, als fruchtbar und als Anfang einer neuen christlichen Entwicklung bezeichnet wurde. Der Kritiker scheint nicht zu unterscheiden zwischen den Bolschewiken und den russischen Christen, und die Ermahnung, das Kreuz der Verfolgung christlich auf sich zu nehmen, als Unterwerfung der christlichen Ideologie unter die kommunistische Diktatur zu betrachten. Was unser Kritiker als Zeugnis eines östlichen Geistlichen anführt, deckt sich oft mit unserer Auffassung. Aber ist das Verständnis für das Kreuz und die Passion im Westen schon derart zurückgegangen?
H.

WELTRUNDSCHAU

Säuberung als Kriegszeichen! Wenn die Konsequenz und Rücksichtslosigkeit, mit der jetzt in den osteuropäischen Volksrepubliken jede erkennbare oder auch nur vermutete Neigung zur Abweichung von der strengen Moskauer Linie bestraft wird, als Maßstab für die Furcht des Kreml vor einem nahenden Kriege gelten kann, dann stehen die Friedensbotschaften der Staatsmänner und Kirchenfürsten, die wir zum Jahreswechsel vernommen haben, auf schwachen Füßen. Die Erinnerung an den Hintergrund und Zweck der großen Moskauer Säuberungsprozesse von 1936 – Abwehr gegen die planmäßige Unterwühlung der Sowjetunion durch Hitlers Fünfte Ko-

lonne¹ – drängt sich zu mächtig ins Bewußtsein des westlichen Zuschauers, und die Frage steigt unwillkürlich auf, ob den Sturmvögeln auch jetzt der Orkan bald folgen werde. Der «innere Feind», der diesmal zertreten werden soll, ist, wie man weiß, der «Titoismus», das heißt das Streben, den neuen kommunistischen Staaten des europäischen Ostens ein gewisses Maß von Selbständigkeit gegenüber Rußland zu sichern. Das ist zurzeit für den rechtgläubigen Kommunisten das Verbrechen aller Verbrechen. Die Bolschewistische Partei Rußlands war ja von Anfang an eine straff zentralisierte Auslesetruppe für den durchaus militärisch verstandenen Klassenkrieg, und diesem Organisationsprinzip verdankt sie auch tatsächlich in erster Linie ihre gewaltigen, sensationellen Erfolge. (Wobei immerhin daran zu erinnern ist, daß auch Marx und besonders Engels, der geradezu Spezialist in Strategie und Kriegsgeschichte war, der Gewalt eine überragende Rolle bei den gesellschaftlichen Umwälzungen zuwies.) Für die kommunistischen Parteien der anderen Länder und vor allem für die von ihnen beherrschten Regierungen kann es darum – so lautet die Schlußfolgerung – auch heute, da das Ringen zwischen Kapitalismus und Sozialismus in seinen weltgeschichtlich entscheidenden Abschnitt eingetreten ist, nur bedingungslose, disziplinierteste Unterordnung unter die Befehle der zentralen Kampfleitung im Kreml mit der dahinter stehenden jahrzehntelangen Erfahrung und Erprobung der bolschewistischen Mutterpartei geben, soll nicht die Gegenrevolution siegen und der Atom- und Bakterienkrieg über Europa hereinbrechen. Und darum seien zur Sicherung der Einheit und Schlagkraft der revolutionären Front auch alle Mittel gerechtfertigt, selbst die nach «bürgerlichen» Begriffen verwerflichsten, wenn sie nur Erfolg versprechen.

Nach diesem Grundsatz wird jetzt allerorten radikal «gesäubert» und «liquidiert» und damit das Regime der Volksrepubliken, die noch eine gewisse Duldsamkeit gegenüber Keßern kannten, in ein solches der strengen, eingleisigen Diktatur übergeführt. Wäre Dimitroff, nach dem Krieg der erste Mann *Bulgariens*, nicht gerade noch rechtzeitig in Moskau gestorben, so hätte auch ihn das Schicksal des «Verräters» ereilt; dafür ist nun hintendrein sein Fast-Nachfolger Kostoff in Sofia hingerichtet worden, und wenn sein Fall auch nicht so traurig ist wie derjenige des Ungarn Rajk – Kostoff hatte den Mut, in der Hauptverhandlung sein früheres «Geständnis» zu widerrufen –, so ist er angesichts der offen-

¹ Auch Churchill hat, in seinen Kriegserinnerungen, die Gefahr anerkannt, die damals der Sowjetunion drohte. Und von französischer Seite hört man nicht selten sagen, wenn gegen die faschistenfreundliche Rechte in Frankreich nach den Februarunruhen von 1934 ebenso scharf durchgegriffen worden wäre wie 1936 in Rußland, so wäre Frankreich im Jahre 1940 nicht zusammengebrochen und nachher von den Pétain, Laval & Cie. an Hitler verraten worden. Von der schuldhaften Schwächlichkeit der Weimarer Republik gegen den aufkommenden Nazismus gar nicht zu reden.

baren Lügenhaftigkeit der Anklage doch noch traurig genug². Scharf gesäubert wird auch in Polen, wo außerdem gegen die Weitergabe von sonst überall als harmlos erachteten Nachrichten und gegen die sogenannte Wirtschaftssabotage Maßnahmen ergriffen worden sind, die in ihrer barbarischen Strenge ans Lächerliche grenzen. In der Tschechoslowakei ist wohl die Neigung zum «Titoismus» am geringsten, weiß doch jeder Tscheche, daß sein Land einfach auf die Sowjetunion angewiesen ist, soll es nicht einem wiedererstandenen deutschen Nationalismus ausgeliefert sein oder doch auf den Stand einer bürgerlich-kapitalistischen Demokratie westlichen Typs zurückgebildet werden. Trotzdem wird auf verschiedenen Linien gegen Unbotmäßigkeit und schon gegen mangelnden kommunistischen Eifer rücksichtslos vorgegangen. «Es herrscht zwar», so berichtet Alexander Werth dem «New Statesman», «kein Terror in Prag, wie er in Rußland während der Bürgerkriegsjahre oder in Deutschland unter den Nazi herrschte; aber wenn ein Mann abgeführt wird, so werden tausend andere nervös gemacht und fragen sich, ob sie nicht irgend etwas getan oder gesagt haben, das dazu führen könnte, daß um sechs Uhr morgens an die Tür geklopft wird.»

Diktatur und Wirtschaft Das Volk der Tschechen und Slowaken erträgt diesen «symbolischen» Terror nicht zuletzt deshalb, weil es ihm nach Alexander Werths Zeugnis – und es ist zuverlässig – materiell zusehends besser geht.

«Nach fast einem Monat in der Tschechoslowakei», so bekennt der englische Journalist, «bin ich mehr als je überzeugt, daß neun Zehntel aller unserer berufsmäßigen antikommunistischen Propagandisten, eingeschlossen ein paar von der ‚Stimme Amerikas‘ und in geringerem Grad von der B. B. C., den falschen Baum anbellen. Entbehrungen, Mangel an Lebensmitteln und Verbrauchsgütern sind gerade die Übel, die mit dem kommunistischen Regime der neuen Demokratien nicht verbunden sind. Wenn sich die materiellen Verhältnisse der Tschechoslowakei weiter im gleichen Grade bessern, wie sie sich im letzten Jahre gebessert haben, so wird sie bald blühender dastehen als jedes andere Land in Westeuropa. Arbeitslosigkeit gibt es praktisch nicht; die Produktion je Mann wie der Reallohn des Industriearbeiters stehen über dem Vorkriegsstand; und aus einem der schlechtestgenährten Länder Europas, das sie vor einem Jahre war, ist die Tschechoslowakei eines der bestgenährten Länder geworden.»

Es sei auch falsch, zu behaupten, die Tschechoslowakei werde von der Sowjetunion wirtschaftlich ausgebeutet. Die Führung der Sowjetunion habe vielmehr die offenkundige Absicht, die Tschechoslowakei zu einem Musterbeispiel materiellen Erfolges durch kommunistische Plan-

² Kostoff hat ja in Wahrheit Titos Plan eines Balkanbundes, den auch Dimitroff bis zu seinem Widerruf vom 28. Januar 1948 unterstützte, stets bekämpft. Und die erbosten Jugoslawen waren es selbst, die ihn dann in Bulgarien als angelsächsischen Spion denunzierten, was immerhin eine merkwürdige Art gewesen wäre, ihren eigenen «Agenten» zu stützen. Nein, Kostoff war ein Gegner Titos und kein Spitzel einer Westmacht. Aber er war nicht der Meinung, daß der kommunistische Internationalismus die bedingungslose Auslieferung seines Landes an die Sowjetunion verlange. Darum mußte er erledigt werden.

wirtschaft zu machen, und wie die Tschechoslowakei froh sei, Textilien, Hüte, Glaswaren usw. in der Sowjetunion abzusetzen, so seien ihr die Rohstoffe, Lebensmittel und Maschinen willkommen, die sie von dort her geliefert bekomme.

Jugoslawien, der Herd des «Titoismus», entschädigt sich für die ihm abgeschnittenen Handelsbeziehungen mit den Ländern des Ostblocks durch Wirtschaftshilfe aus dem Westen, die ihm denn auch recht ausgiebig zuteil wird (Anleihen von der amerikanischen Export-Import-Bank, jetzt auch von der Internationalen Bank, Handelsvertrag mit Großbritannien usw.). Gleichzeitig bringt es das Kunststück fertig, seine Binnenwirtschaft und seine Sozialverfassung weiterhin nach unzweifelhaft kommunistischen Grundsätzen zu revolutionieren. Und das scheinbar Widersinnige bei der Sache ist, daß es ausgerechnet die Sowjetunion war, die ihm diese Revolution wenn nicht verunmöglichen, so doch nach Kräften erschweren wollte – von allem Anfang an. Statt die gewaltige militärische Machtstellung, die sie bei Kriegsende innehatte, zur Bolschewisierung ganz Osteuropas bis zur Elbe, zum Böhmerwald und zur Adria auszunützen, hatte die Sowjetunion, wie der Chefredakteur des Pariser «Combat», Claude Bourdet, im «Esprit» darlegt, nur einen Gedanken: daß diese Länder normal leben könnten und jede unnötige Verwicklung vermieden werde:

«Man mußte also die bestehende Ordnung wiederherstellen und durfte sie nicht allzu stark ändern; man mußte alle bürgerlichen Kader in ihren alten Tätigkeiten nutzbar machen. Eine Revolution – man weiß nie, wohin das führt: Wirtschaftskatastrophen (die für die Sowjetunion selbst ansteckend sind), Bürgerkrieg mit folgender Einmischung des Auslands – die Sowjetunion hat diese harte Erfahrung selber gemacht, und ich stelle mir vor, kein Sowjetgeneral hatte Lust, sie in dem Lande sich wiederholen zu sehen, mit dessen Besetzung er betraut war.»

In Jugoslawien, so meint Bourdet, habe der russische Einfluß auf jeden Fall im Sinn einer Verlangsamung der kommunistischen Umwälzung gewirkt, und wenn sich inzwischen in den der Sowjetunion vorgelagerten Ostländern die Diktatur in der stalinistischen Form dennoch mehr und mehr durchgesetzt habe, so vor allem als Mittel zur gewaltsamen Sicherung der inneren Ordnung, nicht aber als Vorbereitung eines Angriffs auf den Westen – «in einem Augenblick, da die Sowjetunion gezwungen war, ihren allgemeinen strategischen Rückzug zu bewerkstelligen».

Und nun hat also Stalin selbst in der Berichtszeit die Weltöffentlichkeit ein paar Tage lang lebhaft beschäftigt. Die Verherrlichung, ja Vergötzung, die mit ihm aus Anlaß seines 70. Geburtstages von den Kommunisten aller Länder getrieben wurde, gehört freilich unstreitig zum Widerlichsten, was man auf diesem Gebiet seit langem erlebt hat; ich für meinen Teil habe es jedenfalls nicht fertiggebracht, auch nur einen einzigen der schwülstigen Glückwunschartikel zu Ende zu lesen, die in der kommunistischen Literatur Westeuropas auf den 21. Dezember 1949

hin verbrochen worden sind. Immerhin war es auch auf antikommunistischer Seite gänzlich verfehlt und zeugte nur von subalterner Gehässigkeit, daß man Stalin nun jede geschichtliche Größe überhaupt absprach. Vielleicht trifft hier sein jüngster Biograph, Isaac Deutscher, ein jetzt in England lebender ehemaliger polnischer Kommunist, am ehesten das Richtige, wenn er, sein Urteil über seinen «Helden» zusammenfassend, am Schlusse seines Buches³ schreibt:

«Hitler war der Führer einer unfruchtbaren Gegenrevolution, während Stalin gleichzeitig der Führer wie der Nutznießer einer tragischen, sich selbst in vielem widersprechenden, aber schöpferischen Revolution ist. Wie Cromwell, Robespierre und Napoleon begann er seine Laufbahn im Dienste eines sich erhebenden Volkes und machte sich zu dessen Herrn... Das Wertvolle in Stalins Werk wird ebenso sicher über sein Leben hinaus weiterbestehen, wie das Gute in ihren Leistungen Cromwell und Napoleon überlebte. Um es aber für die Zukunft zu erhalten und ihm seinen vollen Wert zu sichern, wird die Geschichte Stalins Werk ebenso unerbittlich läutern und neu formen müssen, wie sie das Werk Cromwells nach der englischen Revolution und dasjenige Napoleons nach der französischen läuterte und neu schuf.»

Unruhvolles Amerika Kehren wir uns nun aber auch der nicht- und antikommunistischen Welt zu und vor allem ihrer militanten Vormacht, den *Vereinigten Staaten*. Hier ist es eigentlich immer das gleiche Schauspiel, das sich uns darbietet. Das amerikanische Volk und insbesondere seine Oberschicht ist völlig benommen von dem glänzenden, ja fast märchenhaften Aufstieg von «Gottes eigenem Land» zur größten Wirtschafts- und Militärmacht der Erde, jenem Aufstieg, der schon im ersten Weltkrieg eingesetzt hat, in der Zwischenkriegszeit trotz der Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre weitergegangen ist und in und nach dem zweiten Weltkrieg auf einen neuen Gipfel geführt hat. Der Ausblick auf ein «amerikanisches Jahrhundert», der sich hier auftat, war atemberaubend großartig, und die Gewinnung der Welt für die «amerikanische Lebensform» – mit dem «freien Unternehmertum» als wirtschaftlichem Unterbau –, erschien als die von der Geschichte selber bestimmte Sendung, der sich die amerikanische Nation mit all ihren überreichen Kräften hinzugeben habe. Truman-Doktrin und später Atlantikpakt wurden, zusammen mit einer beispiellos hochgetriebenen Kriegsrüstung, das politisch-militärische, die Marshall-Hilfe das wirtschaftliche Werkzeug eines weltweiten Planes, dessen Durchsetzung nur der Sozialismus jedweder Färbung, vor allem aber der internationale Kommunismus und sein Hauptbollwerk, die Sowjetunion, im Wege standen. Wie sieht es heute, Anfang 1950, mit der Verwirklichung dieses Planes aus?

Das erste, was man wohl feststellen muß, ist dies: Das amerikanische Volk ist von einer großen inneren Unruhe erfaßt. «Es ist», so schreibt Scott Nearing in seinen immer aufschlußreichen Vierteljahrsheften «World Events», «es ist sich nicht sicher darüber, was die Zukunft bringt.

³ Joseph Stalin, eine politische Biographie, von Isaac Deutscher (englisch).

Die wirtschaftliche, politische und soziale Unstetigkeit in Westeuropa und Asien verstärkt noch das Unsicherheitsgefühl in Amerika. Diese Reaktionen sind nicht auf eine einzige Gruppe beschränkt. Sie stören und wühlen Menschen aller gesellschaftlichen Schichten auf.»

Die zweite Feststellung: Die bürgerlichen Freiheitsrechte und die politische Demokratie in den Vereinigten Staaten leiden unter dem neuen Weltmachtstreben, dem Rüstungsfieber und dem kapitalistischen Hochbetrieb in einem Maße, das den besten Amerikanern ein Grund zu wachsender, tiefer Sorge ist. Wir haben davon schon manchesmal gehandelt und können es darum für heute an diesem Hinweis auf eine offenkundige Tatsache genügen lassen⁴.

Und die dritte Feststellung: Die Weltmachtspolitik Amerikas und besonders seine militärische Riesenrüstung wird allmählich für seine Volks- und Staatswirtschaft eine nur schwer erträgliche Last. Noch herrscht zwar im ganzen Hochkonjunktur. Die verminderte Geschäftstätigkeit, die das Jahr 1949 gekennzeichnet hat, verbunden mit einer beträchtlichen Arbeitslosigkeit (die Gewerkschaften schätzen sie auf wenigstens vier Millionen), dürfte zwar nur vorübergehenden Charakter haben, wie auch Präsident Truman in seinem jüngsten Lagebericht hervorhob. Aber auch wenn diesem Rückgang ein neuer Aufschwung folgen sollte, so ist doch die Zukunft des amerikanischen Kapitalismus höchst ungewiß (manche werden sagen: nur zu gewiß . . .) und eine abermalige Wirtschaftskrise schier unvermeidlich, es sei denn, eine neue Rüstungs- und Kriegskonjunktur bringe, wie nach 1939, wieder Rettung und Goldregen für das ganze Land.

Bis dahin drohen freilich die steigenden Rüstungsausgaben und die sonstigen internationalen Verpflichtungen der Vereinigten Staaten die Bundesfinanzen langsam vielleicht, aber sicher zu zerrütten. In der Periode 1947–1949 waren tatsächlich die ordentlichen Bundesausgaben fast achtzigmal höher als vor einem halben Jahrhundert (1901–1905) und rund achtmal höher als noch zwischen 1931 und 1935. Die Bundesschuld andererseits ist zwischen 1931/1935 und 1947/1949 gar auf das Zehnfache angewachsen; das Budgetjahr 1949/1950 wird mit einem Defizit von nicht weniger als 5 Milliarden Dollar abschließen. Ob das

⁴ Ein kleiner, aber doch bezeichnender Vorgang, der in Amerika etwelches Aufsehen erregt hat, mag in diesem Zusammenhang immerhin erwähnt werden. Dem wohl besten amerikanischen Ostasien-Korrespondenten, Andrew Roth, ist nunmehr nach einjährigem Kampf gegen die Militärbürokratie die Einreise nach Japan endgültig verweigert worden. Roth hatte nämlich vor bald fünf Jahren in einem Buch vor der Wiederbelebung des japanischen Kapitalismus und Militarismus gewarnt, also vor schon damals erkennbaren Bestrebungen führender amerikanischer Kreise, die sich inzwischen weithin durchgesetzt haben. Die Diktatur MacArthurs hat ihm das nie verziehen und nun ihre Rache genommen. Die Newyorker «Nation» bemerkt dazu: «Wenn diese Einreisesperre aufrechterhalten wird, dann können die Vereinigten Staaten in der UNO und sonstwo nicht länger beanspruchen, daß sie für Bewegungsfreiheit von Pressekorrespondenten in der ganzen Welt einstehen.» Eiserne Vorhänge gibt es tatsächlich nicht nur im Sowjetbereich.

Wachstum des Volkseinkommens mit dieser Steigerung der Staatsausgaben Schritt halten kann, wird sich zeigen; ist es nicht der Fall, dann kann nur eine Vermehrung der Steuerlasten den Staatsbankrott verhindern.

Westeuropa außer Gleichgewicht Aber auch in Westeuropa hat das amerikanische Eingreifen das schwer gestörte wirtschaftliche Gleichgewicht nicht wiederherzustellen vermocht. Was auch immer die Marshall-Hilfe erreicht haben mag: das wirtschaftliche und soziale Grundproblem, vor dem Westeuropa steht, hat sie nicht gelöst und kann sie nicht lösen. Sie geht ja von der Annahme aus, daß es nötig und möglich sei, Westeuropa auf dem Boden der kapitalistisch-bürgerlichen Ordnung als wenn auch gegen früher geschwächte, so doch handlungsfähige und gegen den Ostblock verwendbare Weltmacht wiederaufzurichten und zusammenzufassen – eine Annahme, die, wie wir wissen, von Grund auf falsch ist. Die alte westeuropäische Gesellschaftsordnung, die ja immer nur eine Scheinordnung war, löst sich vor unseren Augen unrettbar auf; eine ihrer Grundlagen, die Kolonialherrschaft über die farbigen Völker, bricht Stück um Stück zusammen; und die europäischen Nationen selbst lehnen sich immer stärker gegen ihre bisherigen Herrenklassen auf, deren moralische Autorität ein- für allemal dahin ist. Wenn aber aus diesem großen Geschichtsvorgang nicht völliges Chaos entstehen soll, das nur noch durch irgendeine Form von Diktatur zu bändigen wäre, dann muß eben eine grundsätzlich neue, auf freiwilliger Zusammenarbeit statt auf Machtkonkurrenz und Zwang, auf Gemeinwirtschaft statt auf Gewinnstreben aufgebaute *wirkliche* Ordnung an ihre Stelle treten. Der Marshall-Plan bietet dafür keinerlei Ersatz; er kann ebensowenig die Entwicklung zum Sozialismus in Westeuropa hindern, die er höchstens verzögern wird mit dem Ergebnis, daß die auf ihn hinwirkenden, zeitweilig zurückgestauten Kräfte dann nur um so heftiger hervorbrechen werden. Ja, er hat bis heute nicht einmal die berühmte «Dollarlücke» zu schließen vermögen, die jetzt das Oberflächenproblem Westeuropas ist, und wird das auch solange nicht vermögen, als die Ausfuhr Westeuropas nach den Dollarländern nicht wesentlich zunimmt und solange insbesondere Amerika an Europa viel mehr verkauft, als es ihm abzukaufen bereit ist. Man nimmt denn auch ziemlich allgemein an, daß die Marshall-Hilfe über 1952 hinaus verlängert werden muß und daß gleichzeitig die Bemühungen um die «Wiederherstellung der sich selbst regierenden Marktwirtschaft», also des kapitalistischen Preis- und Profitmechanismus, in Westeuropa in verstärktem Maße fortgesetzt werden müssen. Europa werde wohl, so sagt der Pariser Wirtschaftskorrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» voraus, «durch die Logik der Entwicklung genötigt werden, auf dem eingeschlagenen Wege (zurück zum Wirtschaftsliberalismus) immer weiter zu gehen». Die europäische Wirtschaft schein *«an der Schwelle*

entscheidender und tiefgehender Wandlungen zu stehen, und wehe denjenigen Ländern, die durch Voreingenommenheit oder Kurzsichtigkeit daran gehindert sein sollten, den Sinn der sich anbahnenden Entwicklung rechtzeitig zu erkennen».

Die Warnung gilt natürlich vor allem *England*, das sich in einem tragischen, weil selbst verschuldeten Dilemma befindet: es ist als führende Gläubigernation der Welt und als immer noch erstrangige imperialistische Macht endgültig von Amerika verdrängt worden und in stärkster Abhängigkeit von diesem geraten, kann aber sein wirtschaftliches Gleichgewicht nur finden, wenn es planmäßig zu einer sozialistischen Ordnung übergeht, zu einer Lebensform also, der die Vereinigten Staaten gerade mit allen ihren Kräften widerstreben. Die Neuwahlen ins Unterhaus, die nun bevorstehen, werden diesen Zwiespalt, den die Konservativen so hemmungslos ausnützen, aufs neue hervortreten lassen, und wenn Labour, wie zu erwarten steht, als Regierungspartei bestätigt werden wird, so wird es eine seiner entscheidenden Aufgaben sein, ihm durch Weitblick und Kühnheit diejenige Lösung zu geben, die den Aufbau eines zugleich sozialistischen und freiheitlichen Europas ermöglicht.

Auf dem Festland nimmt mittlerweile, wenn man von den nordischen Staaten absieht, die Wiederherstellung des kapitalistischen Regimes ihren Fortgang. Aber mit wenig Aussicht auf dauernden Erfolg. Weder *Belgien* noch *Holland* – welch letzteres das Versiegen der indonesischen Reichtumsquelle erst nach und nach spüren wird – haben irgendwie wirtschaftliche oder politische Stetigkeit gewonnen; auch *Frankreich* nicht, dessen «Regierung der Mitte» sich nur mit äußerster Mühe gegen die unausgesetzte Berennung von rechts wie links her zu behaupten vermag, und noch weniger *Deutschland*, dessen westliche Hälfte sich auf das Abenteuer einer reaktionär-nationalistischen Restauration eingelassen hat, während in der Ostrepublik die mehr und mehr verschärfte Diktatur auf ein bedenkliches Schwanken des politischen Erdbodens schließen läßt⁵.

Vulkanischer Boden ist aber namentlich *Italien*, von dem wir in der letzten Weltrundschau gesprochen haben. Die jüngsten Polizeibrutalitäten in Modena mit ihren Folgen haben das aufs neue bestätigt, und es kann wohl sein, daß sich in Italien in nicht ferner Zeit revolutionäre

⁵ Ein ungenannter deutscher Mitarbeiter der «Roten Revue» (Dezember 1949) spricht von einem «absoluten Nihilismus», der sich in der Ostzone entwickelt habe und sich beim Aufhören der Besetzung in furchtbarem Haß gegen die Sozialistische Einheitspartei entladen werde, ganz Deutschland und Europa gefährdend. Andererseits hat sich trotz Währungs- und Wirtschaftsreform die Zahl der Arbeitslosen in *Westdeutschland* während des Jahres 1949 verdoppelt; in Westberlin hat sie sich sogar mehr als vervierfacht, so daß, wie Helene Gehse in der «Cité Nouvelle», der Halbmonatszeitschrift der französischen Religiössozialen, schreibt, «von den 2,2 Millionen Einwohnern der Berliner Westsektoren mehr als eine Million sich nur das zum Leben unbedingt Notwendige beschaffen kann». «Unsere verzweifelte Wirtschaftslage, die sich seit der Aufhebung der Blockade eher verschärft als verbessert hat, ist die Folge einer in unserer Stadt entstandenen Lage, wie sie die Geschichte gewiß noch nie gesehen hat.»

Erschütterungen einstellen, die den ganzen, durch den Klerikalismus von innen, den Amerikanismus von außen her gestützten alten Gesellschaftsbau zerstören werden. Ob wohl auch in *Spanien* unterirdisches Grollen hörbar ist? Sicheres weiß man darüber nicht. Franco gibt sich jedenfalls sehr hoffnungsfroh – nicht ohne Grund, tun doch die Westmächte, die seiner Gewaltherrschaft rasch ein Ende bereiten könnten, absichtlich nichts, um ihn irgendwie in Verlegenheit zu bringen, genau so, wie sie sich auch Mussolini und Hitler gegenüber verhalten haben: einesteils aus Furcht, nach dem Faschismus komme der Kommunismus, andernteils in der Hoffnung, den Diktator einmal in den Kampf gegen die Sowjetunion einsetzen zu können. Aber je länger sie Franco stützen, um so verheerendere Wirkungen wird sein Fall haben, der ja doch eines Tages kommen muß.

Der unvermeidliche Frieden Die politische und soziale Unsicherheit in Westeuropa wird in besonderem Maße vermehrt durch die erregende Atmosphäre, welche die *Kriegsvorbereitungen* über die Länder legen. Denn die Völker spüren es instinktiv: diese Rüstungen bringen nicht Frieden, Sicherheit und Wohlstand, wie man ihnen vorspiegelt, sondern Krieg, Zerstörung und Verarmung. Wenn man die Wirtschaft Westeuropas zerrütten und die Demokratie aushöhlen will, so gibt es tatsächlich kein wirksames Verfahren, als daß man einen wachsenden Teil der Arbeitskraft und der Produktionsmittel der Nationen in militärische Rüstungen hineinsteckt. Krieg und Kriegsrüstungen sind ja der stärkste Ausdruck jenes Geistes der Selbstdurchsetzung, der Vernichtungskonkurrenz und der Gewalttätigkeit, der unsere ganze abendländische Zivilisation beherrscht; eine Zukunft haben die Menschen und Völker nur dann, wenn sie den Weg zu einer *genossenschaftlichen*, im weiteren Sinne sozialistischen Lebens- und Wirtschaftsform finden, die – vor allem in Osteuropa und Asien, wo Individualismus und politische Demokratie nur schwache Wurzeln haben – auch dem Kommunismus seine Chance gibt. Und immer wieder muß gesagt werden, daß die entscheidende Verantwortung für die Abkehr vom bisherigen Weg auf den *Vereinigten Staaten* ruht, in deren Mitte die verschiedenartigsten Kräfte um die Oberhand ringen. Wie der «New Statesman» sich ausdrückt:

«Wenn in Amerika diejenigen obenauf schwingen, die da glauben, der Weg zur Bekämpfung des Kommunismus führe über die Bewaffnung aller sowjetfeindlichen Mächte, dann hat der Westen allerdings wenig mehr zu hoffen. Auf diesem Weg warten Abhängigkeit, Armut und Bankrott auf die Satellitenstaaten (Amerikas). Wenn sie ihre Kräfte in der Aufrüstung gegen den Sowjetkommunismus ausgeben, dann wird der Kommunismus auf ihrem eigenen Boden aufschießen. Weil dies so offenkundig wahr ist, legt Truman solchen Nachdruck auf den vierten Punkt (nämlich seines Regierungsprogramms, Hilfe an die zurückgebliebenen Länder betreffend). Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß unsere Hoffnung auf Frieden und wirtschaftliches Gedeihen sich auf die praktische Auslegung von Punkt vier stützt.»

Die Aussichtslosigkeit des anderen Weges – der militärischen Bekämpfung des Kommunismus – sollte durch die Tatsache, daß nun auch die Sowjetunion die Atombombe besitzt, vollends erwiesen sein. Es erscheint zwar immer zweifelhafter, ob die Verwendung von Atombomben überhaupt kriegsentscheidend wirken kann. Die russischen Militärs haben das von Anfang an bestritten – und nicht bloß, weil «die Trauben sauer waren» –, so wie sich nun auch in Amerika mehr und mehr die Erkenntnis durchsetzt, vor allem in Flottenkreisen, aber auch in der Armeeführung, wenn schon noch nicht bei der Luftwaffe, daß die modernen Verteidigungsmittel – Radar, radargelenkte Fliegerabwehr, Düsenjäger, Raketengeschosse usw. – auch den schwersten Angriffswaffen überlegen sind. Aber wie dem auch sei: Soweit Atombomber mit Erfolg eingesetzt werden können, ist jetzt auch Rußland schlagbereit. Was Amerika gegen Rußland unternehmen kann, das kann auch Rußland gegen Amerika unternehmen – und erst recht gegen England, Frankreich und Westdeutschland. Die Länder der Westmächte sind wegen ihrer dichteren Besiedelung sogar verwundbarer als die Sowjetunion mit ihrer weit auseinandergesetzten Kriegsindustrie, und den Landarmeen des Ostblocks hat der Westen ohnehin nichts Gleichwertiges entgegenzustellen. Die so leichtfertig verbreitete Lehre, daß der große Krieg gegen die Sowjetunion ja doch einmal kommen müsse, und daß die Vereinigten Staaten alle Aussichten hätten, ihn durch konzentrische Atom-Blitzangriffe von ihren vielen Stützpunkten um Rußland aus zu gewinnen, diese Lehre wird nun wohl doch gründlich revidiert werden müssen. Es gilt jetzt für die Vereinigten Staaten tatsächlich, um mit der New Yorker «Monthly Review» (November 1949) zu reden, «frei heraus die Annahme aufzugeben, daß der Krieg unvermeidlich sei, und die amerikanische Politik neu aufzubauen auf der Annahme, daß ein friedliches Nebeneinanderbestehen verschiedenartiger Gesellschaftssysteme sowohl möglich wie nötig ist . . . Daraus mag schließlich eine neue amerikanische Außenpolitik hervorgehen, welche die Unvermeidlichkeit des Friedens statt die Unvermeidlichkeit des Krieges zur Voraussetzung hat.»

Asien und die Mächte Von einer solchen neuen amerikanischen Weltpolitik ist vorderhand allerdings noch nichts zu bemerken. Auch in Asien nicht, wo die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber China einen so katastrophalen Mißerfolg erlitten hat. Ja, es schien eine Zeitlang sogar, als wolle Amerika, seine alten Fehler wiederholend und überbietend, die Insel Formosa, den letzten Zufluchtsort Tschiang Kai-sheks, militärisch besetzen und von dort aus die Wiederoberung Chinas für das alte Regime organisieren. Bereits war die amerikanische Flotte im westlichen Stillen Ozean verstärkt und eine Gruppe militärischer und ziviler «Berater» aus den Vereinigten Staaten nach Formosa abgeordnet worden, als in Washington noch rechtzeitig die Vernunft durchbrach. MacArthur, Chenault, alt Präsident Hoover

und die republikanischen Scharfmacher, die es um Formosa zur Kraftprobe mit dem neuen China kommen lassen wollten, mußten sich von Präsident Truman in einer auffallend schroff gefaßten, öffentlichen Erklärung sagen lassen, daß die Vereinigten Staaten auf keine Weise in den chinesischen Bürgerkrieg eingreifen würden und auf Formosa «genügend Geldmittel vorhanden seien, um die zur Verteidigung der Insel notwendigen Waffen zu erwerben». Für einmal ist also die Gefahr eines bewaffneten Zusammenstoßes zwischen Amerika und der chinesischen Volksrepublik mit den unabsehbaren Möglichkeiten, die darin verborgen liegen, abgewendet worden. Allein es ist nur zu wahrscheinlich, daß die «Aktivisten» ihr Spiel noch keineswegs verloren geben, zumal der Sondergesandte der amerikanischen Regierung in Ostasien, Professor Jessup, demonstrativ erklärt hat, daß die Vereinigten Staaten «China nie aufgeben» würden. Auch weigert sich Amerika, im Gegensatz zu Großbritannien, das diesen Schritt gleich zu Beginn des neuen Jahres endlich getan hat, immer noch beharrlich, die chinesische Volksrepublik anzuerkennen und mit ihr in normale diplomatische Beziehungen zu treten, so daß der Vertreter des alten China weiterhin fröhlich im Sicherheitsrat der Vereinigten Nationen sitzen kann. Und wenn es, wie vor einiger Zeit General Eichenberger, ein früherer Hauptmitarbeiter MacArthurs, in einer öffentlichen Rede verlangt hat, demnächst wirklich zu einer Wiederaufstellung der japanischen Armee für den Fall eines Krieges mit der Sowjetunion käme, so wäre das erst recht ein Beweis dafür, daß man in Washington an alles andere eher als an eine weltpolitische Neuorientierung denkt.

Die Angst vor dem Kommunismus beherrscht eben nach wie vor auch die Asienpolitik der Westmächte in bedenklichem Grad. Sie steht deutlich sichtbar hinter der Verleihung der nationalen Souveränität an die junge indonesische Republik durch Holland, die kurz vor Altjahres-schluß durch feierlichen Staatsakt im düsteren Königsschloß zu Amsterdam besiegelt wurde. Sie steht auch hinter der angeblichen «Übertragung der Machtbefugnisse Frankreichs an den Staat Vietnam», die allerdings nur eine schlechte Komödie ist und an der Tatsache, daß der lustige «Kaiser» Bao Dai eine willenlose Puppe in der Hand Frankreichs ist, nichts Wesentliches ändert. Und sie steht nicht zuletzt hinter den Verhandlungen der soeben in Colombo, der Hauptstadt Ceylons, eröffneten Konferenz der Außenminister des britischen Völkerbundes, an der die machtpolitische Gegenwehr gegen die Ausbreitung des Kommunismus – das heißt der nationalen und sozialen Freiheitsbewegung – in Südostasien ein Hauptgeschäft sein soll. Der Umstand, daß vor wenigen Wochen in Australien wie in Neuseeland, als Folge der Parlamentswahlen, die Labourregierungen gestürzt und durch konservative Ministerien mit ausgeprägt imperialistisch-antikommunistischer Haltung ersetzt worden sind, läßt jedenfalls der Hoffnung auf eine Wendung auch der angelsächsischen Asienpolitik wenig Raum. Man muß diese Hoffnung

um so eher herabschrauben, als sich an der letzten UNO-Tagung die Vertretung Englands – wie auch Frankreichs – mit beschämender Energie dem dann freilich trotzdem angenommenen Antrag widersetzt hat, daß die Kolonialmächte über die Lage und Entwicklung der ihnen unterstellten Gebiete – die über 200 Millionen Einwohner zählen – regelmäßig Bericht zu erstatten hätten. Nicht zu reden von der hartnäckigen Weigerung der Südafrikanischen Union, den Vereinten Nationen Rechenschaft über die Verwaltung des früheren Deutsch-Südwestafrika abzulegen, die ihr 1920 durch den Völkerbund übertragen worden war und die sie jetzt als Treuhänderin der UNO weiterführt. Es scheint wirklich, als wollten die Westmächte die erwachten farbigen Rassen mit aller Gewalt an die Seite der Sowjetunion drängen, deren Leistungen für die Entwicklung der ehemaligen russischen «Kolonialvölker» einen ihrer stärksten Aktivposten darstellen, und mit deren Leitern ganz bezeichnenderweise gerade jetzt Mao Tse-tung, der große Führer des neuen China, in Moskau persönlich verhandelt.

Neben-, nicht gegeneinander! Was ist nun aber eigentlich zu tun nötig, damit der Gegensatz zwischen kommunistischer und nichtkommunistischer Welt wirklich zurückgebildet werden kann? Ich möchte es heute einmal so ausdrücken: Man muß in beiden Lagern anfangen, *die Gegenseite mit anderen Augen anzusehen* – nicht mit den bösen Augen des Hasses und der Furcht, sondern mit den Augen eines wohlwollenden, die Lage des andern sachlich würdigenden Verständnisses (um von so etwas wie Liebe gänzlich zu schweigen). Das will sagen: Man sollte im Westen aufhören, die Außenpolitik der Sowjetunion übelwollend als Eroberungs- und Angriffspolitik zu deuten, die teils aus revolutionär-kommunistischem Missionseifer, teils aus dem Diktaturcharakter des Sowjetstaates, teils aus allslawischem Imperialismus entsprungen sei. Daß diese Deutung den Tatsachen *nicht* gerecht wird, erkennt bald jeder, der sich im Bemühen, einzig die Wahrheit herauszubringen, ohne Gehässigkeit und Groll, in die Lage und die Erfahrungen der Sowjetunion hineinzusetzen sucht; sie ist eine von Vorurteil und Interesse eingegebene *Mißdeutung* der Kräfte, welche die Sowjetpolitik wirklich bestimmen, und führt logischerweise wenn nicht zum Glauben an die Unvermeidlichkeit eines Krieges mit der Sowjetunion, so doch zu einer massiven Aufrüstung gegen sie und zu dem Bemühen, durch Druck von außen das Sowjetregime zum Einsturz nach innen zu bringen⁶. In ähnlicher Weise müßte man aber auch auf russischer Seite zugeben, daß die im Kapitalismus wirkenden Kriegskräfte, so gefährlich sie auch sein mögen, nicht *notwendigerweise*, schicksalhaft, einen letzten Vernichtungsangriff auf die Sowjetunion be-

⁶ Ich habe versucht, das in meiner kleinen Schrift «Rußland und Amerika» etwas genauer darzulegen. (Verlag Zeitdienst, Kilchbergstraße 29, Zürich 38. Preis 1 Fr.)

wirken müssen, und namentlich daß die Vereinigten Staaten mit ihren Verbündeten keinen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion vorbereiten, sondern vor allem auf ihre Verteidigung gegen einen befürchteten Vorstoß der Roten Armee nach Westen bedacht sind und zugleich die Sowjetunion durch Einschüchterung zurückzudrängen und auf ihr engstes Einflußgebiet zu beschränken suchen. Auch die von der sowjetischen und kommunistischen Propaganda gegebene Darstellung der Absichten der Westmächte ist eine *verzerrende* Geschichtsdeutung, die aus dem alten Mißtrauen des Russen gegen den Westen, aus den schweren Erlebnissen der Sowjetunion während der vergangenen Jahrzehnte und aus marxistischem Dogmatismus erklärbar ist, aber deswegen nicht minder unheilvolle Wirkungen auf das Völkerverhältnis ausübt.

Ist erst einmal hüben wie drüben, oder auch nur auf *einer* Seite, der böse Bann gebrochen, ist also der gute Wille gesichert, dem andern *gerecht zu werden*, dann wird es keine unüberwindlichen Schwierigkeiten machen, eine Generalverständigung zu finden, die wenigstens ein friedliches, wenn schon nicht freundschaftliches Nebeneinanderleben der beiden Welten ermöglicht, aus dem sich dann im Laufe der Zeit mehr und Besseres ergeben wird. Die bekannte Quäker-Denkschrift, die in den «Neuen Wegen» einläßlich gewürdigt wurde, zeigt dafür durchaus gangbare Wege auf. Natürlich werden die Dogmatiker und Fanatiker auf beiden Seiten, die überzeugt sind, daß kein Frieden möglich sei, solange die Sowjetdiktatur beziehungsweise der Kapitalismus bestehe, alle solche Bemühungen weiterhin als naiven Idealismus, wenn nicht als einschläfernde Propagandamache denunzieren. Aber darauf kommt es ja wirklich nicht an – wenn nur die Welt endlich aus dem Teufelskreis herauskommt, in den sie jetzt gebannt scheint. Dabei sei freilich, zur Vermeidung wirklicher Mißverständnisse, auch hier betont, daß es nicht der reaktionäre, monopolistische Kapitalismus ist, von dem wir eine Verständigung mit den kommunistischen Ländern erwarten, so wenig wir an die Möglichkeit glauben, daß der gegenwärtig herrschende Kominform-Kommunismus den Weg zu der westlichen Welt finden werde. Niemand kann über seinen eigenen Schatten springen. Daß die ange deuteten Denk- und Daseinsformen *gesprengt* werden, das gehört ja gerade zu jenem Durchbruch des guten Willens, dem anderen gerecht zu werden, den wir als die Bedingung allen Friedeschaffens bezeichnet haben. In Amerika mag diese Wandlung zu dem führen, was Henry Wallace «fortschrittlichen Kapitalismus» nennt (und was doch bereits entscheidend über den Kapitalismus hinausweist); in Europa wird von uns sicherlich nicht weniger verlangt als eine eigentliche soziale Revolution, radikaler und konsequenter als die Labourpartei sie in England unternommen hat, aber doch im gleichen Geiste der Freiheit und Menschlichkeit durchgeführt.

Ein endgültiges Versagen des *demokratischen Sozialismus* müßte ihm jedenfalls zum schweren Verhängnis werden. Beherrze man doch end-

lich die Lehre der russischen Revolution, mit deren Schilderung Valentin Gitermann den dritten Band seiner meisterlichen «Geschichte Rußlands» abschließt: daß sich nämlich, wie er sagt, «die Machtergreifung des Bolschewismus aus den gegebenen Verhältnissen mit unabwendbarer Zwangsläufigkeit» ergab, daß also Lenin und seine Anhänger die Regierung der bürgerlichen und sozialistischen Demokraten stürzen mußten, sollte nicht infolge der Schwächlichkeit und Halbherzigkeit der hinter ihr stehenden Gruppen die Revolution wieder zugrundegehen und das alte Regime in neuer Gestalt auferstehen⁷. Und mache man sich unerbittlich klar, daß es, bei allen tiefen Unterschieden zu Rußland, ähnlich auch in Westeuropa gehen kann, wenn sich der freiheitliche Sozialismus nicht doch noch ermannt und die Zügel selbst in die Hand nimmt, um zu verhindern, daß sich der Kommunismus auf den Bock schwingt! Da hülfe dann keine moralische Entrüstung über kommunistische Gewalt-herrschaft und Unduldsamkeit mehr, so wenig sie gegenüber der Ausschaltung der Sozialdemokraten in den osteuropäischen Volksrepubliken das Geringste mehr hilft. Vorher *handeln*, nicht nachher *jammern* – das allein ist wichtig.

Mögen aber auch die *Christen* ihre Augen für die Notwendigkeiten unserer Lage und die hinter der Zeitgeschichte wirkenden Kräfte öffnen! Ihnen gilt – und damit wollen wir für diesmal schließen –, was unlängst der anglikanische Bischof von Birmingham an einer Diözesan-Konferenz gesagt hat⁸:

«In den letzten 30 Jahren ist eine neue Welt entstanden. Die Ausdehnung des Westens ist zu Ende. Der Osten vertreibt uns wieder aus den Ländern, die wir über-
rannt hatten. Besonders bedeutungsvoll ist die Tatsache, daß die gesellschaftlichen Kräfte, die jetzt über uns triumphieren, eher idealistisch als materialistisch sind... Das Gute in ihnen, das groß ist und auf das wir achten sollten, können alle Christen willkommen heißen. Wir haben bereits genug von der Umgestaltung der alten Welt gesehen, um zu wissen, daß die neuen Bewegungen durch materielle Gewalt nicht zerstört werden können. Sie gehören dem neuen Zeitalter an. Man kann es, wenn man will, das Zeitalter der Propaganda nennen. In christlicher Sprache könnte es das Zeitalter des Geistes genannt werden. Unsere Pflicht ist, diesen Geist völlig christlich zu machen und darin auch solche Entwicklungen zu begrüßen, die scheinbar zu unserem

⁷ Die geschichtliche Notwendigkeit der russischen Revolution von 1917, und zwar in ihrer bolschewistischen Form, klar gemacht zu haben, ist ein Hauptverdienst von Gitermanns Darstellung. Auf dem Boden des Zarismus (und, fügen wir bei, im Kampf mit der in- und ausländischen Gegenrevolution, die sofort einsetzte) war es gar nicht anders möglich, als daß die Revolution gewalttätige, absolutistische Form annahm; Rußland ermangelte eben eines Gandhi, der die Kräfte eines gewaltlosen Widerstandes gegen die Zarenherrschaft, die im russischen Volke lebten, nutzbar gemacht hätte. Aber deswegen ist natürlich nicht die *Form* entscheidend, welche die Revolution durch die russische Geschichte bekommen hat, sondern ihr *Inhalt*. Die Form ist zeitbedingt, der Inhalt bleibt, auch wenn er unter der Form leidet. Für die Würdigung des Sowjetkommunismus ist das entscheidend, was ihn über das absolutistische Erbe hinaushebt, nicht was ihn noch damit verbindet.

⁸ Nach «Religion and the People» («Religion und Volk»), Dezember 1949.

Schaden sind, wenn sie nur so sind, daß Christus sie billigen könnte. In Treue zu ihm wollen wir uns nicht fürchten. Unser Vertrauen in seine Weisheit sollte uns ohne Zorn oder Schrecken vorwärts schreiten lassen, vielmehr mit der Bereitschaft, wo immer möglich freundschaftliche Hilfe für den Umbau der Welt zu leisten.»

9. Januar 1950.

Hugo Kramer.

SCHWEIZERISCHE RUNDSCHAU

Ein Abwehreffolg Das politische Geschehen im Schweizerland vollzog sich während der Berichtszeit sozusagen ganz im Rahmen der Wintertagung der eidgenössischen Räte. Mitten in ihren Ablauf hinein fiel dann allerdings der bedeutsame Volksentscheid, den die kräftige Annahme des Gesetzes über die Neuordnung der Dienstverhältnisse des *Bundespersonals* darstellt. Wir haben uns über diesen Entscheid vor allem für das Bundespersonal selber gefreut, aber auch um der Sache unserer Angestellten- und Arbeiterschaft überhaupt willen. Denn die Schamlosigkeit, mit der die aus reichen Quellen gespiesene Gegenpropaganda auftrat, machte es ja nur allzu klar, wo das scharfmacherische Unternehmertum tatsächlich hinauswollte. «Dieses war der erste Streich», hätte es nach der Bodigung des Beamtengesetzes getönt, «doch der zweite folgt sogleich» – nämlich der allgemeine Angriff auf die Löhne der Privatangestellten und -arbeiter, als Bestandteil der Rückbildung der angeblichen Kommandowirtschaft – der Schutz- und Lenkungsmaßnahmen der Krisen- und Kriegszeit – zur «freien Wirtschaft», deren Gesetze die durch soziale Rücksichten nicht gehemmte Preisbildung auch auf dem Arbeitsmarkt verlangten. Soweit ist es nun zum Glück nicht gekommen (zum Glück auch für die Industrie selber, deren Gedeihen von einer kaufkräftigen Nachfrage im Inland wesentlich abhängt.) Seien wir deswegen aber doch nicht überoptimistisch! Die rückschrittliche Grundströmung, die unser öffentliches Leben bestimmt, ist noch keineswegs überwunden; wenn sie nicht auch das Beamtengesetz mitgerissen hat, so nicht zum wenigsten darum, weil zu den 90 000 Bundesangestellten, die an der Annahme des Gesetzes direkt interessiert waren, noch etwa 160 000 Kantons- und Gemeindeangestellte in der ganzen Schweiz herum kamen, die als «indirekte Interessenten» gelten durften, und weil darüber hinaus noch jeder Bundesangestellte im Durchschnitt sicher mindestens einen Verwandten oder Freund hatte, der ihm zuliebe sein Ja in die Urne legte. Und diese drei Gruppen zusammen machten bereits einen so ansehnlichen Prozentsatz der stimmberechtigten Gesamtbürgerschaft aus, daß der Gegner es schwer hatte, den damit gegebenen Vorsprung der Gesetzesanhänger einzuholen. Die bevorstehende Volksabstimmung über die einjährige Verlängerung einer herabgesetzten Subvention an den privaten Wohnungsbau gibt übrigens erneut Gelegenheit, einen Anschlag habsüchtiger Interessenten – diesmal sind es die Haus- und Grundbesitzer, die vorreiten – auf eine bescheidene sozialpolitische Errungenschaft abzuwehren.

Der Finanzwirrwarr Unter den parlamentarischen Geschäften stand natürlich die *Bundesfinanzreform* wieder im Vordergrund. Es handelte sich diesmal um die Verabschiedung der sogenannten Übergangsordnung, die auf den 1. Januar 1950 in Kraft treten mußte, weil es infolge des Widerstandes der großen Besitzinteressen gegen eine dauernde direkte Bundessteuer nicht gelungen war, rechtzeitig eine – bis auf weiteres – *endgültige* Finanzreform zustandezubringen. Ja, die klerikal-rechtsfreisinnigen Verschleppungskünste hatten es sogar fertiggebracht, daß die Übergangsordnung nicht einmal auf dem ordentlichen Verfassungsweg, also nach vorgängiger Volksabstimmung, durchgeführt werden konnte; sie mußte im letzten